

Johannes Heinrichs

Wie politisch ist die Freiwirtschaft?

Vortrag in Wuppertal-Nevigens auf der Tagung „Freiwirtschaftliche Reformen gegen Kasino-Kapitalismus“ am 2. September 2000

1. Frage-Alternativen

Die mir von der Vorsitzenden der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung) vorgeschlagene Themenstellung gehört zunächst der feuilletonistischen, fast poetischen Art an: Sie ist – in einem positiven Sinne – mehrdeutig. Sie bedarf selbst der Erläuterung, was deshalb kein Mangel ist, weil ein Denkreiz von der Formulierung ausgeht. Also nehmen wir diesen Denkreiz und die Herausforderung zur Klärung an. Welche Aufgaben können sich unter dieser Überschrift verbergen?

1.1 Hat die Freiwirtschaft einen politischen Inhalt?

Diese Frage ist schnell beantwortet (noch bevor wir näher auf den Politik-Begriff eingehen): Die politische Brisanz wäre ungeheuer. Und es ist seit Silvio Gesells Zeiten die Lieblingsbeschäftigung der Freiwirtschaft, sich die positiven gesamtpolitischen Folgen einer „zinsfreien“ Währung auszumalen: Aufhören des widernatürlichen Wachstumszwangs, Aufhören der fortschreitenden Vergrößerung der Kluft zwischen Reich und Arm, infolgedessen auch weltweit zwischen Nord und Süd, Aufhören der ruinösen Staatsverschuldung mit all den Folgen für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, von denen wir täglich hören, usw.

Nur, ausmalen und Phantasien ge-rechterer Zustände entwickeln ist nicht dasselbe wie sie politisch zu verwirklichen, und dieser „feine“ Unterschied blieb in der Geschichte der Freiwirtschaft ständig bestehen, und teilweise zu unbefragt..

1.2 Wird dieser politisch brisante Inhalt vermittelt?

Diese Frage für die etwa 80-jährige Geschichte zu beantworten, würde in

diesem Rahmen viel zu weit führen.¹ Für die Gegenwart, die uns hier allein angeht, beantwortet sich diese Frage auf einzig ehrliche Weise: mit dem Eingeständnis der fast völligen Erfolglosigkeit. (Manche munkeln, ein Mann wie Oskar Lafontaine stünde innerlich auf Seiten der Freiwirtschaft. Ich zweifle sehr daran. Hätte er doch durch seinen Amtsverzicht alle Möglichkeiten gehabt, sich selbst und einer Geldreform weltweite Beachtung zu verschaffen.) Nun gibt es natürlich viele Gründe für den Widerstand der Geldmächte. Wie kommt es aber, dass auch die Benachteiligten, etwa die weltweit riesigen Heere von Arbeitslosen, sowenig erreicht und bewegt werden können – obwohl doch die Einsicht, dass es wie bisher nicht weitergehen kann, zumindest in diesen Kreisen auf offene Türen stößt.

1.3 Wie gibt sich die Freiwirtschaft parteipolitisch – und wie sollte sie sich geben?

Hiermit ist die Frage aufgeworfen: Ist eine eigene Partei, also die Freisoziale Union (wie sie seit 1950 heißt), effektiver und angemessener oder das Hineinwirken in die anderen Parteien und Bewegungen. Ich habe für beide Positionen Verständnis und Sympathie.

Zur FSU: Der Vorwurf der Rechtslastigkeit an die FSU kommt aus der freiwirtschaftlichen Szene selbst. Solange kein wirklicher Rassismus nachgewiesen werden kann (ich werde auf den wichtigen Unterschied zwischen kultureller und blutmäßiger Begründung nationaler Identität zum Schluß noch einmal eingehen), wecken ein gewisses Inquisitionsgehabe und das Umgehen mit dem Links-Rechts-Schema den Verdacht der Wichtigtuerei auf Kosten anderer sowie des Konkurrenzneides! Eine Zer-

splitterung der Kräfte und Selbstzerfleischung angesichts der großen Aufgabe von weltgeschichtlichem Ausmaß ist unverantwortlich!

Was den Erfolg angeht: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen der 5%-Klausel in Deutschland – man denke über diese, wie man will – glauben selbst die FSU-Mitglieder nicht daran, diese Hürde überspringen zu können. Also reduziert sich die Frage nach dem Sinn einer „Partei“ derzeit auf die günstigere Rechtsform im Vergleich zu einem e.V. Im übrigen ist mein Hauptthema hier nicht eine Analyse der FSU!

Zum Hineinwirken in andere Parteien. Musterbeispiel Grüne. Warum die Freiwirtschaftler dort nicht weitergekommen sind, bedürfte einer gründlichen Analyse – wohlgermerkt des Verhaltens der freiwirtschaftlichen Vertreter, nicht der Widerstände auf der anderen Seite, wozu der allgemeine Mangel an grundsätzlichen sozialtheoretischem Denken bei den Grünen gehört. Ein Hauptgrund ist meines Erachtens ein gewisser sektiererischer Dogmatismus: Keiner kann es hören, wenn immer nur eine Kausalität – das Zinseszins-Geldsystem – stereotyp für alle Übel verantwortlich gemacht wird.

Selbst wenn das sachlich nicht falsch wäre, stimmt etwas nicht mit der Art des Vorbringens: Das Gesamt des gesellschaftlichen Lebens ist nicht im Blick bei diesen dogmatischen One-Point-Vertretern. Logisch streng genommen ist das Pochen auf den einzigen Punkt jedoch auch falsch: Die Geldreform (einschließlich Bodenreform) ist notwendige, nicht aber schon hinreichende Bedingung für eine gute Gesellschaft. Dies ist die logisch-nüchterne Formulierung des Unbehagens, das beim einseitigen Pochen auf einen einzigen Punkt meist ausgelöst wird. Die Frage wandelt sich also ab in die größere:

1.4 Geht die freiwirtschaftliche Bewegung bewußt genug um mit der politischen Machtfrage?

Nur als Hintergrund meiner Überlegungen sei hier an das viergliederte

Haus der Gesellschaft (in einer gegenüber DDW 2/1999 etwas weitergeführten Form) erinnert:

Die politische Sphäre (im weiten Sinn des ganzen, im Recht integrierten Staates wie im engeren Sinn der zweiten Ebene) ist als Umgang mit Macht, als Regulierung von Machtkompetenzen, zu definieren.

Wie Geld das formalisierte, eigens dazu geschaffene Medium der Wirtschaftssphäre darstellt, so hat auch die politische Sphäre (im weiteren wie im engeren Sinne) ein Medium, wodurch Macht kanalisiert wird: das Recht. Das zusammenfassende Hauptmedium der Interaktion auf der Ebene der Kultur stellt die Sprache dar, das auf der Legitimations- oder Grundwerteebene besteht in Grund-

also, wenn man die formellen Rechtsstrukturen oder die informellen Machtstrukturen zu ändern bestrebt ist bzw. dies vermag.

Die immer wieder gestellte Frage nach der politischen Strategie ist erst dann adäquat gestellt, wenn klar erkannt ist, dass die Wiederholung noch so hehrer Wahrheiten nichts nützt, wenn nicht die Frage der Macht und somit – da Gewaltanwendung ausgeschlossen werden soll – die Frage der gewaltfreien Veränderung des Rechtssystems und nochmals der das Rechtssystem bestimmenden Kräfte mit aller Deutlichkeit und Nachdrücklichkeit gestellt wird.

Der übliche sprachliche Unterschied von Taktik und Strategie soll hier durchaus beachtet werden: Es geht

Medium Geld. In seiner Schrift „*Der abgebaute Staat*“ von 1927 wird die Sphäre des Politischen geradezu vom Grundsatz her als eine eigenständige ignoriert. Ich sage „*vom Grundsatz her*“: Unvermeidlich muss sich jeder taktisch verhalten und wird sich in Aktionen einlassen, wenn er eine geniale Erfindung bekannt machen will. Silvio Gesell wurde sogar Volksbeauftragter in der bayerischen Räteregierung (1919). Das spricht aber noch nicht für ein grundsätzlich durchdachtes Verhältnis zur politischen Sphäre.

2.2 Kleiner Kreis von Eiferern mit punktuellen Miniaktionen

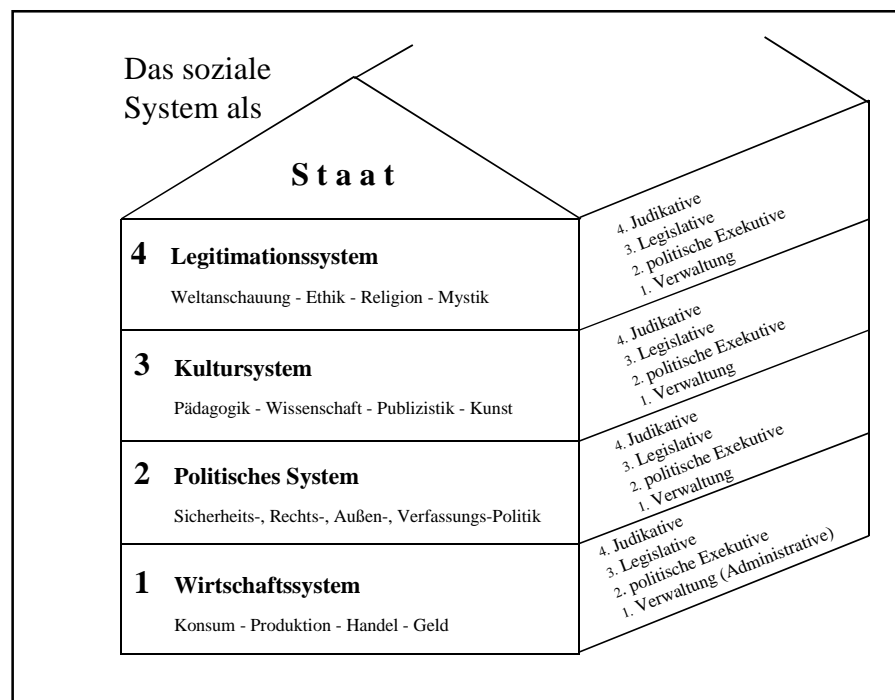
Gemeint sind kleine taktische Manöver, die oft Ersatzhandlungs-Charakter haben, von denen aber abzusehen ist, dass sie nicht weit führen können. Sofern sie nicht Zeichen- und Aufforderungscharakter für ein großes Publikum oder Multiplikatoren erlangen (wie vielleicht die Apfelbrief-Aktionen), beruhen sie oft ebenso auf dem Verschließen der Augen vor dem Machtproblem. Natürlich liegt die Klugheit des „*Das bringt doch nichts*“ hier oft nahe bei der Bequemlichkeit. Wer klug sagt: „*Das bringt doch nichts*“, sollte mit derselben Klugheit Vorschläge machen, was etwas bringen kann.

2.3 Vorbildliche Aktionen wie Wörgl, Schwanenkirchen und heute die Tauschringe

Bernard Lietaer spricht der noch immer wachsenden Tauschringbewegung die Fähigkeit zu, ernstzunehmende Komplementärwährungen hervorzubringen und den vergeblichen Frontalangriff gegen das herrschende Geldsystem durch eine Umgehungsstrategie zu ersetzen.²

2.4 Hoffnung auf Unterlaufen des Zinsgeld-Systems durch ein internetgestütztes Barter-Systems

Hier sind sowohl die beiden Bücher von B. Lietaer (bei kühner Interpretation) wie noch weitergehende Perspektiven zu nennen, die ich hier nicht beurteilen kann noch will. Es ist eine aufregende, nicht zu verschlafende Perspektive, dass das Internet



prinzipien (z.B. religiöse Dogmen) und deren Ausdrucksformen, die Riten, die es auch in einer säkularisierten Gesellschaft gibt.

Überblick über die formalisierten Interaktionsmedien der vier Subsysteme

- (4) Grundprinzipien/Riten
- (3) Sprache
- (2) Recht
- (1) Geld

Recht stellt das Medium der Regulierung von Macht dar. Politisch ist man

zuerst um eine Grundsatzstrategie. Erst daraus kann sinnvollerweise tagespolitische Taktik folgen.

2. Theoretische und beobachtbare Strategie-Alternativen

2.1 Kleiner Kreis von Erleuchteten (mit irrationaler Hoffnung): Ignorieren des Machtproblems

Ich glaube, hier die klassische Position der meisten älteren Freiwirtschaftler erkennen zu können. Dieses Ignorieren ist im Grundsätzlichen bei S. Gesell vorprogrammiert: Er kennt nur das

heute einen Tauschhandel auch in großem internationalen Stil ermöglichen könnte, bei dem die offiziellen Währungen außen vor blieben! Gerade zur Internet-Verrechnung von Gütern und Dienstleistungen wären aber politische Rechts-Strukturen und rechtliche Sanktionen gegen Betrug erforderlich. Wie ja überhaupt der Markt schon immer eine politische, machtmäßig und rechtlich regulierte Veranstaltung war: Niemals hat es längere Zeit einen nur-ökonomischen, völlig politikfreien, d.h. von Machtstrukturen unabhängigen Markt gegeben! Der „freie Markt“ ist im Grunde etwas politisch-rechtlich erst Herzustellendes und bisher immer nur fragmentarisch verwirklicht worden.

2.3 Verbindung mit der Demokratiebewegung

Das Eingeständnis, es gibt andere soziale Interaktionsmedien („Währungen“ der symbolischen Interaktion in einem weiten Sinn) außer dem Geld, stellt für Freiwirtschaftler keine Kleinigkeit dar.

In der Politik ist das Streben nach machtmäßiger Verwirklichung maßgebend und, zusammen mit der mehr oder minder klaren theoretischen Zielsetzung, schon die Hälfte des Erfolgs – sofern sich Streben und Zielsetzung von ungefähren Träumereien, Luftschlössern, Größen- und anderen (sehr verbreiteten!) Wahn- und Wunschphantasien durch den Realismus klarer, verwirklichungsfähiger Zielsetzungen unterscheiden.

Die Frage: „*Wie politisch ist die Freiwirtschaft?*“ konkretisiert sich demnach zu der Frage: Wie geht sie mit den Rechts- und Machtstrukturen um? Welche realistische, zur Veränderung befähigte Aufmerksamkeit wendet sie ihnen zu? Wie verbreitet ist unter ihren Mitgliedern die Einsicht, dass Phantasien über Funktionieren von Geld als „reinem“ Tauschmittel nicht genügen, wenn diese Einsichten nicht zur Änderung von Rechts- und Machtstrukturen führen oder zumindest dazu beitragen?

In diesem Sinn müsste die Antwort auf die mir gestellte Frage lauten: Die Freiwirtschaft ist vollkommen

unpolitisch – eben weil und solange sie nur vom Geld spricht. Etwa nach der Wende von 1989 wäre (wenigstens) das konzentrierte Ansetzen bei der Bodenreform politisch weit realistischer und dringlicher gewesen.³ Dass es nicht geschah, ist auf einen konstitutionellem Mangel an politischem Instinkt zurückzuführen.

An diesem Befund des unpolitischen Geistes und der entsprechenden Wirkungslosigkeit ändern auch die oft vorzüglichen politischen Kommentare oder Glossen im Dritten Weg nicht viel. Warum? Weil die Zuwendung zum tagespolitischen Geschehen zwar intern, unter Eingeweihten, eine politische Sichtweise bestätigen oder steigern – aber nichts ändern kann. Änderung der Macht- und Rechtsverhältnisse geschieht heute nur, indem man das bestehende Parteienspektrum sprengt, nicht indem man es mit kritischen Ornamenten versieht usw.

Aus all diesen Überlegungen ergibt sich das Postulat einer Verbindung mit der derzeitigen Demokratiebewegung, und zwar sowohl mit der Bewegung für mehr direkte Demokratie wie mit der (erst anlaufenden) für strukturierte, nach den sozialen Subsystemen vernunftgemäß gegliederte Demokratie (Viergliederung nach Heinrichs, die durchaus positiv Rudolf Steiners Dreigliederungsimpuls aufnehmen will).

3. Die 7 Strategie-Schritte im Sinne der EKS (nach Wolfgang Mewes und Vladimir Svitak)

An dieser Stelle möchte ich anknüpfen an einen wichtigen Aufsatz von Dr. Vladimir Svitak, der im Juli-Heft 2000 des Dritten Weges erschienen ist unter dem Titel „*Erfolgsstrategien für Wirtschaft und Gesellschaft*“. Ich versuche, das Wesentliche der sieben Strategie-Schritte zusammenzufassen, mit denen ich (auch aufgrund vorheriger Gespräche mit Dr. Svitak) vollkommen übereinstimme.

3.1 Analyse der besonderen Stärken der Freiwirtschaft

Problembewußtsein, Überblick, Veränderungswille sind die in hohem Maße vorhandenen Stärken. Wie ge-

hen die alten und neuen Geldreformer damit um? Werfen wir es resigniert auf den Schrotthaufen der Geschichte, wie – im Beispiel von Mewes und Svitak – ein Herr Jansen es mit seiner alten, scheinbar schrottreifen Papiermaschine hätte tun können? „*Oder können wir mit diesem alten, angestauten Bewußtseins- und Resignationspotential etwas Konstruktives anfangen?*“

3.2 Suche nach der erfolgversprechendsten Verwendung: Ideenverbindung von Geld- und Demokratiereform

Was zur Zeit der Weimarer Republik fehlte, war die Erkenntnis des Zusammenhangs von Geld- und Demokratiereform und der Blick auf einen konstruktiven Ausweg auf politischer Ebene. Wir erlebten damals einen für Deutschland und die ganze Welt verhängnisvollen Rückfall in autoritäre Strukturen, die – weil geschichtlich anachronistisch geworden – nicht so harmlos waren wie das erste und zweite deutsche Reich. Heute gibt es eine – wenn auch noch kleine – Bewegung für Demokratiereform, auch wenn das Gros der Parteipolitiker noch daherposaunt, an unserer besten Demokratie aller Zeiten sei grundsätzlich alles in Ordnung.

Dabei wird nicht einmal im formalen Sinn der Auftrag des Grundgesetzes ernstgenommen, das deutsche Volk solle eine Verfassung in Kraft treten lassen, die von ihm „*in freier Entscheidung beschlossen worden ist*“ (Artikel 146 GG). Viel weniger wird die Notwendigkeit großer struktureller Verfassungsreformen erkannt, es sei denn – allmählich – durch verstärkte direktdemokratische Elemente (Volksabstimmungen, Volksentscheide).

Es ist die Ideenverbindung von Geld- und Demokratiereform, die beide gleichzeitig, im Sinne eines Synergieeffektes, stärken würde. Die Politikverdrossenheit verwandelt sich in Reformwillen, sobald konstruktive Auswege, die Verbindung des Anliegen direkte Demokratie mit dem der strukturierten, viergegliederten Demokratie, sichtbar werden: Bestim-

mung des sozialen Ganzen von den Grundwerten (Ebene 4) statt von der Wirtschaftsmacht (Ebene 1) her, dies aber ohne Rückfall in autoritäre (gar theokratische, gottesstaatliche) Bahnen.

„Politik kann man in diesem Land definieren als die Durchsetzung wirtschaftlicher Zwecke mit Hilfe der Gesetzgebung“ (Kurt Tucholsky anno 1919!), selbst wenn man nicht vom Parteispenskandal wüsste! Wann wird man sie definieren können als effektive Durchsetzung eines pluralistischen Grundwerte-Konsenses in Kultur, Politik und Wirtschaft? Welche Wirtschaft ermöglicht diese Art von „Nachhaltigkeit“ im spezifisch sozialen Sinn einer kreislauffähigen Gesellschaft? Diese Frage wird zur Leitfrage der gemeinten Ideenverbindung von Geld- und Demokratiereform werden!

Die einfache, aber entscheidende Einsicht, wie unsere Politik (im engeren wie im weiteren Sinn) derzeit von der Wirtschaft her dominiert wird, wird zur Einsicht, dass sich die Demokratiebewegung mit der Geldreformbewegung verbinden muss und umgekehrt.

3.3 Suche nach der erfolgversprechendsten Zielgruppe

Bei dieser Suche stoßen wir:

- erstens auf die vielen Tauschringe,
- zweitens auf alle gesellschaftlichen Reformgruppen, denen der Zusammenhang ihres spezifischen Anliegens mit der Geldfrage sowie mit der Demokratieproblematik bereits bewußt ist oder leicht bewußt gemacht werden kann: z. B. alle ökologischen und alternativ gesundheitsbezogenen Gruppen.
- drittens – so möchte ich zu Svitak noch hinzufügen – auf die hunderte von ökologischen Dorfgemeinschaften neuen Stils, die gerade dabei sind, sich in politischer Absicht zu vernetzen.⁴
- Viertens sollten die „Gruppen“, genannt werden, die es leider bisher nur im statistischen Sinne, zuwenig als Gemeinschaften und effektive Organisationen sind: die Arbeitslosen und Sozialhilfeemp-

fänger, die mehr oder weniger schuldlos Verarmten (darunter auch viele altersarme Rentner) und von unserem Kapitalismus an die Wand Gespielten.

3.4 Suche nach der brennendsten Marktlücke: Vereinzelung durch Vernetzung überwinden

Alle diese Zielgruppen haben ein Grundproblem gemeinsam: das der Vereinzelung. Diese Reformgruppen (Umwelt- und Tierschützer, Ökobauern, Vegetarier (bzw. Menschen, die die Notwendigkeit erkennen, den Fleischkonsum drastisch zu reduzieren), Naturkostfreunde, Gesundheitsgruppen, Pharmageschädigte, Förderer von Solar- und anderer alternativer Energie, christliche Gemeinschaften für Entschuldung der Dritten Welt, Theosophen, Anthroposophen und andere spirituelle Gruppen, Gruppen für Erhaltung der nationalen Sprachen usw., usw.) brauchen keineswegs ihr jeweiliges Spezifikum aufzugeben, um zu erkennen, dass sie alle übereinkommen können – wenn sie gesamtpolitische Wirksamkeit und nicht nur Nabelschau wünschen – in der Notwendigkeit von Geld- und Demokratiereform.

Diese Ideenverbindung darf ihnen aber nicht wie etwas Fremdes von außen nahegebracht werden, als wären ihre jeweiligen Anliegen unwichtig; sie müssen und können selbst erkennen, dass mit diesem doppelten Fokus die notwendige Bedingung für die Verwirklichung ihrer besonderen Anliegen ausgesprochen ist. Dazu müssen die Geldreformer aber selbst das große Ganze erkennen. Nein, nicht mehr bloß erkennen (das war seit langem der Fall), sondern diese einzelnen Anliegen sowie die damit verbundene Notwendigkeit einer Überwindung der jetzigen Parteiendemokratie praktisch anerkennen!

Vernetzung tut also not, wahrscheinlich am ehesten durch eine Vernetzungs-Zentrale im Internet, der ein neuartiges Print-Medium flankierend zur Seite tritt. Darüber wird, wie schon Svitak berichtete, derzeit intensiv nachgedacht. (An Mitwirkung Interessierte und potentielle Sponsoren

können über die Adresse des Autors (Prof. Dr. Johannes Heinrichs, Philippsstr. 13/14, 10115 Berlin) Kontaktadressen erfahren.)

Die Vernetzung ist jedoch keine bloß technische, sondern eine geistige Aufgabe. In dem Sinne war schon früher („Der vierfache Pfad“, in: DDW 2/1999) von einem ganzheitlichen oder integralen Paradigma die Rede: Auch wenn die Geldreformer ihre eigene Spezialität und Botschaft pflegen sollen, muss die Offenheit auf das Ganze der neuen Gesamt-Reformbewegung da sein. Kurz, geistige Vernetzung statt geistiger Abgrenzung.

3.5 Vorsprung durch Innovation: Meinungsführerschaft nutzen

Weil die Ideenverbindung Geld- und Demokratiereform allerdings die notwendige Bedingung für alle anderen, verwandten Reformbestrebungen darstellt und weil sie in dieser Doppelseite von Hause aus politisch ist, kann und wird sie eine Meinungsführerschaft erlangen, sobald die genannten und andere Reformgruppen sich selbst in politischer Absicht zu vernetzen beginnen. Solche Meinungsführerschaft – der Marktführerschaft im Wirtschaftlichen vergleichbar – erzeugt einen positiven Strudel. „In dieser Phase wird die ‚Erfolgsspirale‘ im Sinn der engpaßskonzentrierten Strategie greifen. Die Aufbruchsstimmung, die zu Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts die grüne Bewegung trug, wird nun der vernetzten Bewegung für Geld- und Demokratiereform zugute kommen – mit dem Unterschied, dass diese klarer durchdacht, ausgereifter und brisanter ist“ (V. Svitak, DDW 7/2000, 14).

3.6 Integrale Kooperation: Geist der Synergie statt Konkurrenz

Die Grüne Bewegung war, wie schon bei Svitak ausgeführt, zu einseitig emotional getragen, trotz durchaus vorhandenem spezialistischem Fachwissen über Umweltschutzprobleme. Der Sinn für strukturelles Denken, das für die Geld- und Demokratiereform unerlässlich ist, wurde unterbewertet. Außerdem wurden den spirituellen Kräften von den Grünen nicht wirk-

lich Rechnung getragen, weil das Konzept für die korrekte Transformation von Spiritualität in Politik und Wirtschaft – über ein pluralistisches Grundwerteparlament mit durchgreifenden rechtlichen Kompetenzen für Rahmenbedingungen von Bildung (Kultur), Politik und Wirtschaft – fehlte bzw. nicht aufgegriffen wurde.

Weil aber keiner die Fähigkeiten des genauen Wahrnehmens, des logischen Denkens, des sensiblen Fühlens, der hellhörigen Intuition (um nur von den Erkenntnisvermögen zu sprechen) alle in gleichem Maße hat, weil keiner und keine Gruppen alle Interessen und Begabungen und Einsichten in gleichem Maße kultivieren und die zugehörigen Aktionen ausführen kann, kann die synergetische Kooperation nicht hoch genug bewertet werden.

Das bedeutet in erster Linie: Verzicht darauf, die Begabungen und Interessen der anderen Einzelnen und Gruppen abzuwerten, für weniger wichtig zu erklären. Ähnlich wie im sozialen Ganzen Wirtschaft, Politik, Kultur und Religion in ein bewusstes, konstruktives Verhältnis gesetzt werden, so muss dies mit der ganzen Palette der menschlichen Wesenskräfte geschehen, sowohl innerpersonal wie (da jeder Mensch begrenzt ist) vor allem interpersonal – um der Kooperation und der Verwirklichung des gemeinsamen Zieles willen. Auch wenn dieses Ziel von den Einzelnen und Gruppen verschieden akzentuiert wird: die Geld- und Demokratiereform bildet einen gemeinsamen Nenner.

3.7 Von einem brennendsten Problem zum andern: Institutionelle Realisierung der Geld- und Demokratiereform

Was in den vernetzten Gruppen beginnt, kann nicht anders, als in Theorie und Praxis auf die Gesamtgesellschaft und ihre Institutionen übergreifen. Dieser Prozeß erreicht seinen vorläufigen Höhepunkt, wenn er Eingang in den Deutschen Bundestag bzw. wenigstens in das Parteiprogramm einer etablierten Partei findet. Es lässt sich grundsätzlich nicht vorausbestimmen, bei welchem Postulat

der integralen Geld- und Demokratiereform zuerst die eigentliche gesamtpolitische Realisierung begonnen werden kann. Voraussichtlich wird die Realisierung bei den brennendsten Sachproblemen, d. h. bei Arbeitslosigkeit, Steuern und Naturzerstörung beginnen – vor allem, nochmals, bei der Arbeitslosigkeit, dieser grausamen Ausgrenzung vieler dienstwilliger Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben. Doch immer wird sichtbar werden, dass eine ökonomische Grundlagenreform nicht ohne Reform der demokratischen Strukturen möglich, d.h. nicht allein durchführbar und nicht auf die ökonomischen Strukturen begrenzt ist – wie auch umgekehrt.

4. Die Einbeziehung der Ebenen Kultur und Grundwerte in einem integralen Ansatz

4.1 Zusammenhang mit den Kulturproblemen wie z. B. nationale Identitäten

Es geht nicht an, dass solche Geldreformer, die für nationale Identitäten und deren Sprachen eintreten, in die rechte Ecke gestellt werden. Hier liegt eine Gefahr für Geldreformer, wenn sie sich gegen die nivellierenden Folgen der Globalisierung wehren, jedoch eine vermeidbare Gefahr: Es muss eine kulturelle Begründung von Sprachgemeinschaften und Nationen ganz eindeutig von einer rassistisch-blutmäßigen Begründung unterschieden werden!⁵ Und zwar viel eindeutiger als auch von einer flach denkenden linksintellektuellen, auch grünen Schickieria, die sich selbst für „aufgeklärt“ hält, doch zwischen beidem nicht zu unterscheiden weiß.

Meines Erachtens kann man sich gegen jene Diffamierungen nicht wehren, indem man ihnen und den Inquisitoren nachgibt, die mit den Pseudobegriffen „Rechts“ und „Links“ auf alles ihnen Mißliebige eindreschen, sondern indem man am eingesehenen Kurs festhält und zu Klärungen auffordert.⁶

Es muss die notwendige Unterscheidung zwischen gastgebenden Kulturen (Primärkulturen) und Gastkulturen

(sekundären Kulturen) auf einem gegebenen nationalen Kultur-Territorium klar getroffen werden. Dies ist in der Tat Voraussetzung echter „Gastfreundschaft der Kulturen“⁷, nicht eine Preisgabe der nationalen Identitäten.

Allerdings muss sich der einzelne Zuwanderer entscheiden, ob und wie lange er persönlichen Gaststatus beibehält oder voll in die kulturelle Loyalität seines neuen Heimatlandes eintritt. Nation kann sich aber nicht als bloßer „Wirtschaftsstandort Deutschland“ noch als bloß politisch-rechtliche Verwaltungseinheit verstehen. Hierin keine Klarheit geschaffen zu haben, gehört zu den Defiziten unserer gedankenfremden Parteienherrschaft, die von realer Demokratie weit entfernt ist.

Diejenigen Modernisten und Postmodernisten oder Vertreter einer solchen „reflexiven Moderne“ (Ulrich Beck), welche die historisch in Jahrtausenden gewachsenen Sprach- und Kulturgemeinschaften, die Nationen, als von Geschichte und der Globalisierung überholt betrachten, werden von „der Geschichte“ noch eines Besseren belehrt werden.⁸

Denn die Menschen werden sich diesen wesentlichen Rest an gesellschaftlicher Gemeinschaft auf Dauer nicht nehmen lassen – auch wenn wir derzeit eine Welle von angloamerikanischem Kulturimperialismus erleben, die zahlreiche Sprachen ausrottet oder zumindest auszuhöhlen droht wie selbst die in Europa am meisten gesprochene deutsche, während die Franzosen sich aktiver zur Wehr setzen. Die Grünen setzen sich für die Erhaltung der biologischen Arten ein – bisher aber gegen die Erhaltung kultureller Identitäten zugunsten eines kruden Internationalismus, für dessen Allerwelts-Langeweile uns unsere Nachkommen zur Rechenschaft ziehen werden.

Der innere Zusammenhang zwischen Globalisierung nach kapitalistischem Muster und kultureller Nivellierung (mit Sprachensterben) sollte von Geldreformern zumindest erkannt, wenn nicht thematisiert werden. Silvio Gesell hat eine neutrale inter-

nationale Währung mit geregelten Wechselkursen zu nationalen Währungen vorgeschlagen.⁹ Ein entsprechendes Modell wäre für das immer dringlicher werdende Sprachproblem anzustreben: eine einfache, allseits bejahte, neutrale internationale Verkehrssprache – statt eines scheinbar naturwüchsig aufoktroyierten internationalen Nationalsprache namens Englisch, die nur von native speakers wirklich zu beherrschen ist und hunderte gewachsener Kultursprachen unterdrückt.

4.2 Bezug auf die weltanschaulich-ethischen Grundwerte ohne konfessionelle Bindungen

Die weltanschaulich-religiöse Systemebene gehört in einer pluralistischen Gesellschaft (Differenzierung von Staat und Religion!) nur in bezug auf den interreligiös-ethischen Grundkonsens, die Grundwerte und demokratischen Grundrechte, zu den Voraussetzungen einer staatlich-rechtlich organisierten Nation.

Es ist sowohl mit Silvio Gesells Geist wie mit der heutigen Situation der weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft unvereinbar, irgendwelche konfessionellen und weltanschaulichen Positionen mit der „Freiwirtschaft“ oder Natürlichen Wirtschaftsordnung identifizieren zu wollen. Wir müssen uns klar auf den Boden eines humanistischen Grundwerte-Konsensus stellen. Welche religiös-weltanschauliche Begründung die einzelnen Mitglieder diesem Konsens geben, ist ihre individuelle Sache. Das kann in konfessionellen oder spirituellen Gruppen diskutiert werden, nicht aber in geldreformerischen. Da genügt es, auf den Zusammenhang zwischen religiösen Grundwerten und dem Geldsystem hinzuweisen oder die Konfessionen an ihre eigenen ethischen Prinzipien (z. B. universale Menschenliebe) zu erinnern.

Die selbstverständliche weltanschauliche Zurückhaltung und Toleranz sind Voraussetzung für den aller-nächsten Schritt, um den es hier ging: Dass nicht von „Geldreform“ allein gesprochen wird, sondern von Geld- und Demokratiereform oder von „Ge-

sellschaftsreform“ in ihrer ganzen politischen Breite. Durch diesen „vielfachen Pfad“ werden sich viele neue Kontakte, Bündnisse und Aktionsmöglichkeiten ergeben. Besser, es wird überall auch von Geldreform gesprochen als nur in „esoterischen“ Zirkeln ausschließlich von ihr und der „reinen“ Gesellschen Lehre! ■

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu das reichhaltige Geschichtswerk von Günter Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93; ferner: Werner Onken/Günter Bartsch, Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz. Anpassung und Widerstand, Lütjenburg 1997.
- 2 Bernard Lietaer, Das Geld der Zukunft. Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen, München 1999; derselbe, Mysterium Geld. Emotionale Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus, München 2000.
- 3 Damit stimmte Fritz Andres in seinem nachfolgenden Vortrag zur Bodenreform überein. Vgl. schon aus der Zeit vor der Wende seine Beiträge in „Fragen der Freiheit“, Heft 245: Fortschritt und Armut. Leben und Werk Henry Georges, Bad Boll 1997.
- 4 Eine beratende Versammlung „Gemeinschaften und zukunftsfähige Politik“ fand vom 14.-16.7.2000 im Ökodorf Sieben Linden (Nähe Salzwedel) statt. – Ein Verzeichnis europäischer Gemeinschaften und Ökodörfer „Eurotopia“ ist für 20,- DM erhältlich über Tel. 039000-51231, Fax -51232.
- 5 Diese wichtige Unterscheidung fehlt leider auf beiden Seiten der politischen Auseinandersetzung um Ausländerfragen, auch in der Schrift von Reiner Bischof, Geld und Asyl, Remscheid o. J. Da heißt es etwa: „*Wer also die Vermischung von Völkern betreibt, erzeugt letztlich Völkerhaß und Ausländerfeindlichkeit*“ (24). Blutmäßige Vermischung ist seit Jahrtausenden, Jahrhunderten, Jahrzehnten (mag sein in beschleunigtem Maße) geschehen. Sie zu kritisieren, ist heute ebenso retrograd wie demagogisch! Kulturelle Vermischung ist jedoch in der Tat abzulehnen, weil sie zur Unkultur und zum (weiteren) Aussterben

vieler kultureller Lebensweisen und Sprachen führen würde. R. Bischofs Schrift ist ein Musterbeispiel dafür, wie berechtigte kulturelle Anliegen durch fehlende Unterscheidungen und daher falsche Zungenschläge kompromittiert werden! Dadurch schadet man diesen Anliegen unter dem Vorwand (oder der Selbsttäuschung), sich für sie einzusetzen.

- 6 Zu solchen Differenzierungen ist vor allem der Herausgeber von „Alternative 2000“, Georg Otto, aufzufordern, der m. E. einen spaltenden Einfluß auf die Geldreformbewegung ausübt, nachdem ihm ein nachhaltiger Einfluß bei den „Grünen“ kaum gelungen ist. Bei seiner typisch parteipolitischen Art, mit mangelnden Differenzierungen wie dem Etikett „rechts“ an Kontrahenten den rechten linken Weg der „Liberalsozialen“ zu definieren, ist zu befürchten, dass er mit seinem „Contrablatt“ (Brief an mich von Ende August 2000) eher den weiteren Aufstieg zum Großinquisitor freiwirtschaftlicher Vergangenheit und Gegenwart vorzieht als den auch ihm offenen Weg der Kooperation über „Rechts“ und „Links“ hinweg. Wir brauchen kein „Contrablatt“, sondern ein Vernetzungsblatt mit breitem Spektrum! Die vielleicht noch immer notwendige Geschichtsaufarbeitung sollte Neutraleren überlassen werden. Für die Gegenwart sehe ich keine Fakten, die eine Diffamierung von FSU-Mitgliedern als undemokratisch erlauben. Oder genügt schon das bloße Etikett „rechts“?
- 7 So der Titel meines 1994 erschienenen Buches (Blaue Eule, Essen) mit dem Untertitel: „Multikulturelle Gesellschaft in Europa und deutsche Identität“.
- 8 Vgl. dazu auch J. Heinrichs, Leidsätze zur Globalisierung, in: DDW 11/1999. – Anders in diesem Punkt: Ulrich Beck, Was ist Globalisierung?, Frankfurt/M. 1998; derselbe (Hg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt/M. 1998.
- 9 Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Lauf 1984, 306-308: „Weltwährungsverein. International valuta association“